



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung

des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am 22. April 2008

Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stv. Claudia Spruch (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort gewünscht wird. Eine Vertreterin des Bündnisses gegen Rechts möchte Informationen zur Vergabepaxis von Bürgerhäusern. Herr Stadtrat Goßmann regt an, diese Fragen zu behandeln, wenn der entsprechende Tagesordnungspunkt (TOP 6 SV 08-F-06-0020 „Verhinderung fremdenfeindlicher und rassistischer Veranstaltungen in Bürgerhäusern und anderen städtischen Einrichtungen“) zum Aufruf kommt. Dieser Punkt wird daher in der Beratungsreihenfolge vorgezogen und als TOP 2 behandelt.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Öffentliche Sitzung

0016 Tagesordnung

Einstimmig

0017 Genehmigung der Niederschrift vom 04.03.2008

Einstimmig

0018 **08-F-06-0020**

Verhinderung fremdenfeindlicher und rassistischer Veranstaltungen in Bürgerhäusern und anderen städtischen Einrichtungen

Antrag der Fraktion Linke Liste vom 16.04.2008

Nach Begründung des Antrags durch Stv. Bohrer kündigt Stadtrat Goßmann eine umfassende Dokumentation der Ereignisse der vergangenen Wochen in Kostheim an. Man sei als Stadt Wiesbaden sensibel, was die Vergabe von Räumen an rechte Gruppierungen angehe, so Stadtrat Goßmann. Scheinbar entwickelten sich Kastel und Kostheim zu Schwerpunkten rechtsextremistischer Veranstaltungen.

Daher habe man schon in der Vergangenheit versucht, die NPD aus den Bürgerhäusern heraus zu halten. Hierbei setze die Justiz der Stadt jedoch Grenzen. Gerade in geschlossenen Räumen würde sich das Gericht im Zweifel für das Demonstrations- und Versammlungsrecht entscheiden. Man bedaure, dass die NPD nicht verboten sei.

Antrag zur GO auf Erledigung durch Aussprache mit Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen LiLi angenommen

0019 **08-F-24-0002**

Projekt "Lesestart" der Stiftung Lesen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 14.04.2008 -

Frau Rudolph teilt mit, dass sich die Summe der noch erforderlichen Finanzierungsmittel von 45.000 € auf 18.164 € reduziert habe.

Einstimmig angenommen

0020 **08-F-01-0031**

Erneuerung der Wahlurnen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14..04.2008 -

Einbringung einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 22. April 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0021 08-F-25-0049

Gastprediger in der Moschee des Islamischen Vereins Kostheim
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom
16.04.2008

Said Nasri, der Vorsitzende des Islamischen Veriens Kostheim, räumt ein, dass es ein Fehler gewesen sei, den Prediger Abdul Adhim in die Kostheimer Moschee einzuladen. Dessen Vorstellungen zielten eindeutig nicht auf Integration, sondern seien unzweifelhaft auf Abgrenzung der Muslime gerichtet.

Man müsse aber bedenken, dass gerade die jungen Gemeindemitglieder für seine Parolen sehr empfänglich seien, dies sei auch ein Grund für seine Einladung gewesen.

Zukünftig werde man ihm oder vergleichbaren Personen kein Forum mehr bieten. Dies sei erfreulicherweise auch die Auffassung des Deutsch-Islamischen Verbands im Rhein-Main-Gebiet.

Es besteht Einigkeit, dass der Auftritt des Islamisten-Predigers ein Verstoß gegen die Integrationsvereinbarung war. Es zeige sich aber an den Reaktionen beider Seiten, dass diese Vereinbarung jetzt ihre erste Bewährungsprobe bestanden habe.

Einstimmig (durch Aussprache erledigt)

0022 08-F-25-0050

Zusammenkunft der Härtefall-Kommission
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom
16.04.2008

Einstimmig angenommen

0023 07-A-21-0004

Eingabe nach § 47 ff der Geschäftsordnung

Einstimmig

0024 07-F-06-0053

Neue Bleiberechtsregelung - Aktueller Stand
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 27.11.2007 -

Kenntnisnahme und Erledigung einstimmig

0025 Verschiedenes

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 22. April 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Anlagen

Wiesbaden, .2008

Vorsitzende

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spruch

Karipidou

Kessel